

Katastrophenhilfe – was bringt sie den Frauen?

Zusammenfassung der Podiumsdiskussion

20. Juni 2002

gemeinsame Veranstaltung mit dem Österreichischen Nationalkomitee für UNIFEM

Am Podium:

David Chikvaïdze, UN-OCHA (UN-Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten), Genf

Wolfgang Peischl, OberstdG, Österreichisches Bundesministerium für Landesverteidigung

Gabriela Sonnleitner, Caritas Wien

Ingrid Kircher, Ärzte ohne Grenzen

Helmut Jung, Konsulent des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten,

Universität für Bodenkultur

Moderation:

Brigitte Brenner, Bundeskanzleramt, Krisenmanagement und internationale Katastrophenhilfe.

Am Anfang der Diskussion stellte Brigitte Brenner den 1976 ins Leben gerufenen UN-Entwicklungsfonds für Frauen - UNIFEM - und sein Österreichisches Nationalkomitee vor. Das Ziel von UNIFEM sei es, Frauenanliegen in der Entwicklungspolitik durch technische Kooperationen und durch Bewusstseinsbildung in allen Bereichen zu stärken. Das Österreichische Nationalkomitee setze sich zum Ziel, die Arbeit von UNIFEM generell zu unterstützen.

David Chikvaïdze berichtete über die Tätigkeit des UN-Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UN-OCHA) und wies auf die zehnjährige Erfahrung der UNO in der Koordination von humanitärer Hilfe hin. Die UN-OCHA mit einem eigenen Koordinator, einem Büro für humanitäre Hilfe, einem ständigen institutionsübergreifenden Koordinationskomitee (Inter-Agency Standing Committee, IASC) und einem Nothilfefonds CERF (Central Emergency Revolving Fund) wurde mit der UN-Resolution 46/182 vom Dezember 1991 gegründet. Eines der UN-OCHA-Durchführungsinstrumente, so Chikvaïdze, sei das institutionsübergreifende Koordinationskomitee IASC, in dem Leiter verschiedener UN-Organisationen und NGO-Vertreter zusammenarbeiten. Das finanzielle Instrument des OCHA-Koordinators ist der CERF, der von verschiedenen Geldgebern gestiftet wurde und mit 50 Mio. \$ dotiert ist. Die wichtigste Aufgabe von UN-OCHA mit seinen 42 Außenstellen sei das Sammeln und rasche Weitergeben von Informationen an alle Akteure in den betroffenen Katastrophengebieten. Das Budget des UN-OCHA von ca. 71 Mio. \$ jährlich setze sich aus 10 Mio. \$ aus dem regulären UN-Budget und Zuschüssen verschiedener Geldgeber zusammen.

Gabriela Sonnleitner berichtete über den Bereich Katastrophenhilfe der Caritas und ihre häufige Zusammenarbeit mit UN-OCHA. Die Caritas-Angebote, so Sonnleitner, reichten von Frauenhäusern bis zur Flüchtlingshilfe, von Altenpflege bis zu Kinderheimen in allen Teilen der Erde. Diese Angebote würden den Bedürfnissen und Gegebenheiten der jeweiligen Länder angepasst. Traditionell sei die Caritas der katholischen Kirche angegliedert, habe aber ein sehr starkes Netz in den einzelnen Ländern. Ein wichtiger Schwerpunkt der Caritas sei die Frauenarbeit, insbesondere in der Katastrophenhilfe, wo frauenspezifische Einrichtungen oft nicht berücksichtigt würden, wie zum Beispiel bei der Planung von Flüchtlingslagern. Weiters forderte Gabriela Sonnleitner Regierungsinstitutionen und NGOs auf, Frauen in diesem Bereich mehr einzubinden, da die Katastrophenhilfe generell von Männern dominiert sei.

Wolfgang Peischl ging auf die militärspezifischen Aspekte der Katastrophenhilfe ein und unterstrich die Idee des Demokratietransfers in den Einsatzgebieten und die Verankerung dort existentieller Menschenrechte, deren wesentlicher Bestandteil Frauenrechte seien. Weiters erörterte Wolfgang Peischl Beweggründe der Katastrophenhilfe. Einer dieser Gründe sei Einflussnahme auf politische Interessensgebiete in Form von Schutzfunktion eines Staates gegenüber einem anderen, Aquisitionsunterstützung für die Wirtschaft dieses Staates sowie Verhinderung der Ausweitung von Interessenszonen eines jeweils anderen Staates. In diesem Fall diene das mediale Darstellungsinteresse als hauptsächliches Umsetzungsinstrument. Ein anderer Beweggrund der Katastrophenhilfe sei ein rein humanitärer Ansatz, wobei die mediale Darstellung ein notwendiges Vehikel bilde, um notwendige Spendenmittel für die humanitäre Hilfe zu lukrieren und die Bevölkerung für Armut und Not zu sensibilisieren. Dritter Beweggrund, so Peischl, sei das Prinzip der erweiterten Landesverteidigung, wobei das Militär die Hauptrolle spiele. Sowohl die NATO als auch die österreichische Sicherheitsdoktrin verfolge die Idee, dass die Sicherheit Europas nicht nur durch die Verteidigung von Außengrenzen gegen einen möglichen Angriff bewerkstelligt werde, sondern dass die Gefährdung Europas aus ausufernden Krisen an der Peripherie Europas resultiere. Was die Frage der militärischen Dominanz der Katastrophenhilfeinsätze betreffe, komme hier der Begriff "complex emergency" zum Tragen, der allerdings anders interpretiert werde als zuletzt durch die UN-OCHA, die ihn als Zusammenspiel verschiedener humanitärer Organisationen verstehe. Aufgrund seiner Einsatzcharakteristik sei das Militär das geeignete Mittel, um ein Entree für die NGOs in jene Einsatzgebiete zu schaffen, in denen lang andauernde und schwer zu bekämpfende humanitäre Katastrophen meistens im Gefolge von Menschenrechtsverletzungen und kriegerischen Auseinandersetzungen entstanden seien. Militäreinsätze seien bis zu dem Zeitpunkt notwendig, zu dem die Intensität der kriegerischen Auseinandersetzungen so weit

heruntergefahren sei, dass zivile humanitäre Organisationen dort selbstständig und ohne Gefahr für Leib und Leben agieren könnten, und die demokratische Reife im Krisengebiet auf ein Maß gestiegen sei, dass ein Rückfall in Kriegszustände ohne Militäreinsatz verhindert werden könne. Die Erfahrung zeige, dass die militärische Gesamtkoordination vor Ort bis zur Herstellung dieses Zustandes den NGOs und der notleidenden Bevölkerung zugute kommt.

Ingrid Kircher von „Ärzte ohne Grenzen“ wies darauf hin, dass die humanitäre Hilfe allein in den Katastrophengebieten nicht genüge. Wichtig sei in solchen Situationen, gleichzeitig die Achtung der Menschen- und somit der Frauenrechte (wieder)herzustellen. Ingrid Kircher widersprach der These, dass das Militär der Wegbereiter für den NGO-Einsatz sei, und führte das aktuelle Beispiel von Afghanistan an. Dort habe das Militär eine sehr wichtige Rolle gespielt, eine klare Unterscheidung der Aufgaben und Motivationen sei jedoch wesentlich. Für „Ärzte ohne Grenzen“ sowie für andere humanitäre Organisationen würden wesentliche Prinzipien der Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Neutralität gelten. Die Motivation bei einem militärischen Einsatzes sei eine andere. Außerdem könne die Vermischung militärischer und humanitärer Aufgaben den NGOs schaden und den Zugang zu den Menschen erschweren, wenn sie in den Augen der Bevölkerung mit den militärischen Akteuren identifiziert werden. „Ärzte ohne Grenzen“ arbeite sehr viel mit Frauen, u.a. würden Mutter-Kind-Programme, Projekte im Bereich Familienplanung, Prävention von Sexually transmitted diseases, psychosoziale Betreuung in den Katastrophengebieten etc. durchgeführt.

Helmut Jung, Konsulent des österreichischen Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten in Fragen der Entwicklungszusammenarbeit im Wassersektor, sprach über die Zusammenhänge zwischen Katastrophen- und Entwicklungshilfe. Auf dem Wassersektor sei der systemische Ansatz wichtig, wonach natürliche Ressourcen und sozioökonomische und soziokulturelle Komponenten zusammengebracht würden. In den meisten Regionen der Erde sei z.B. Wasserversorgung eine Aufgabe von Frauen, deswegen sollten Frauen so gestärkt werden, dass diese Aufgaben in Katastrophenfällen erfüllt werden könnten. Es sei wichtig, in diesem Bereich präventive Maßnahmen zu setzen, anstatt abzuwarten und nach dem Eintreten einer Katastrophe mit einem großen Aufwand verspätet einzugreifen. Generell würden in der Diskussion um Katastrophenvorsorge und -management die geschlechterspezifischen Aspekte nicht beachtet.

Präventivmaßnahmen standen auch im Mittelpunkt der weiteren Diskussion. David Chikvaдзе unterstrich die Rolle der UNO und der NGOs in den Katastrophengebieten als Anbieter effizienter Soforthilfe. Dabei sei der Umfang und die Auswirkung konkreter Hilfsmaßnahmen auf die betroffenen Katastrophengebiete ausschlaggebend. Man dürfe

nicht Katastrophenhilfe mit Entwicklungshilfe, die einen langfristigen Charakter habe, verwechseln. Weiters wies der UN-Repräsentant darauf hin, dass man in der Katastrophenhilfe die Zielgruppen nicht zu eng fassen sollte. Wichtig seien ausbalancierte Maßnahmen, die auf das Funktionieren der Gesellschaft als solcher abzielten.

Ebenfalls wurde die Frage des Demokratietransfers diskutiert, der ein wichtiges Ziel militärischer Einsätze darstelle. Dabei werde einerseits die Möglichkeit der „Demokratieschaffung“ angezweifelt und andererseits der Aufbau demokratischer Institutionen als eine wichtige Aufgabe genannt. Die abschließende Debatte zeigte das Spannungsfeld und die Breite des Themas sowie verschiedene Ansätze unterschiedlicher Akteure auf.